

Technische Betriebe Velbert

AöR

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates

NIEDERSCHRIFT

über die **Sitzung des Verwaltungsrates**
am **Mittwoch**, dem **03.04.2019**.

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 19:05 Uhr

Sitzungsort: Sitzungssaal 1, Am Lindenkamp 33, 42549 Velbert

Unter Vorsitz des Verwaltungsratsvorsitzenden Herrn Lukrafka waren anwesend:

a) die Ausschussmitglieder

Frau Ammann

Herr Arshad

Herr Dr. Beckröge

Herr Demircan

beratendes Mitglied

Herr Gebhardt

Herr Kitzrow

Herr Kulakci

Frau Meulenkamp

Herr Münchow

bis TOP 11

Herr Otterbeck

bis TOP 14

Herr Schmidt

Herr Schneider, Hans-Dieter

Frau Schneider, Karin

Herr Schwarz

bis TOP 14

b) von der Verwaltung

Frau Glaubitz

GBL 3

Herr Jadjewski

bis TOP 7

Herr Koch

GBL 1

Herr Lindemann

Vorstand

Frau Prenzel

Stabsstelle 02

Frau Riemrich

Herr Schieferstein

Herr Schirmer	Personalrat TBV AöR
Herr Steinhauer	Stabsstelle 01
Herr Sulimma	
Herr Wieneck	GBL 2

c) von der Presse

Herr Kahle	bis TOP 11
------------	------------

d) als Schriftführer

Herr Stein

e) als Gast

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt eine form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anschließend genehmigt der Verwaltungsrat folgende Tagesordnung:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Niederschriften Verwaltungsrat
2. Anträge
 - 2.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE
Verleih von Fahrrädern und die nötige Infrastruktur für E-Bikes
 - 2.2 SMARTE Straßenlaternen
 - 2.3 Spielplatz 38 Brangenberger Straße
3. Wirtschaftsplan
 - 3.1 4. Quartalsbericht zum Wirtschaftsplan 2018
Bericht über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie die Entwicklung des Vermögensplanes sowie des Risikomanagement
 - 3.2 4. Quartalsbericht 2018 zum Vermögensplan
 - 3.3 § 2b Umsatzsteuergesetz
4. Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Velbert (Abfallentsorgungssatzung)
5. Rückwärtsfahrten
6. Klimaschutzteilkonzept - Fuß- und Radverkehrskonzept für die Stadt Velbert
7. Sambeck
8. Beschlussfassung über die Erweiterung des "Integrierten Handlungskonzepts zur Aktivierung der Innenstadt Velbert-Mitte" um die Maßnahme "Masterplan Licht Velbert-Mitte"
9. Mitteilungen des Vorstandes
 - 9.1 Spielplatz am Kostenberg
 - 9.2 Tunnel Birth
10. Nachträge
11. Verschiedenes

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

12. Personalangelegenheiten
13. Renaturierung Motschenbrucher Bach 2. BA

14. Sachstand DSD
15. Grundstücksangelegenheiten
16. Nachträge
17. Mitteilungen des Vorstandes
18. Verschiedenes
19. Bekanntgabe des wesentlichen Inhalts von in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüssen

Tagesordnung:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Niederschriften Verwaltungsrat

Der Vorstand erläutert, dass der Vertreter der Piraten-Fraktion um Korrektur der Niederschrift über die Verwaltungsratssitzung vom 11.12.2018 bittet. So soll die Niederschrift unter Punkt 9.1 wie folgt geändert werden:

Dem Antrag wurde zugestimmt mit einer Gegenstimme (Piraten-Fraktion).

Der Vertreter der Piraten-Fraktion führt aus, dass die Abstimmung sehr schnell verlief, so dass er bei Gegenstimmen seine Hand nur kurz erhoben habe, weil dann schon Enthaltungen aufgerufen wurden und er so Missverständnisse vermeiden wollte. Dieses sei vermutlich übersehen worden.

Der Vorsitzende gibt diesbezüglich zu Bedenken, dass er die Beratungsergebnisse - auch für den Schriftführer - unmittelbar nach jeder Abstimmung deutlich laut wiederhole. Er steht demnach einer Änderung ablehnend gegenüber. Der Vorsitzende fragt das Gremium, ob eine Änderung des Vorgehens bzw. eine Anpassung der Niederschrift gewünscht sei. Aus dem Gremium gab es keine Meldungen.

2. Anträge

2.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE Verleih von Fahrrädern und die nötige Infrastruktur für E-Bikes Vorlage: 97/2019

Der Vorstand bezieht zu dem Antrag Stellung. Insbesondere verweist er auf das Klimaschutzteilkonzept Fuß- und Radverkehr, welches sich unter dem Punkt „Flankierende Radverkehrsangebote“ mit Abstellanlagen, Mobilstationen, Ladeinfrastruktur für Fahrräder und E-Bikes beschäftigt. Dort sind potentielle Standorte aufgeführt und Ideen, was an den Standorten möglich wäre. Verleihstationen sind auch aufgeführt, wobei hierbei natürlich zu klären wäre, wer solche „Mobilstationen“ betreibt. Aus anderen Städten sind Beispiele bekannt, bei denen caritative oder gemeinnützige Organisationen diese - unter Inanspruchnahme von Fördermitteln - betreiben. In Velbert gibt es bereits die Möglichkeit Fahrräder bei einigen Radgeschäften zu leihen.

Im Jahr 2013 haben sich die politischen Gremien - ohne Beschlussfassung - mit der Beteiligung der Stadt Velbert an dem Projekt Metropolradruhr auf Antrag der Fraktion Die Linke beschäftigt. Aufgrund der Kosten etc. wurde der Punkt vertagt und sollte in einem Gesamtkonzept aufgearbeitet werden. Nach Auslaufen der Förderung dieser Radleihstationen sind die Eigenkosten der Kommune erneut gestiegen.

Der Sprecher der Linken-Fraktion erklärt daraufhin, dass es sich nur um einen Prüfungsauftrag als Ergänzung zum Klimaschutzteilkonzept handele. Der Vorstand sagt einen Bericht in einer der nächsten Sitzungen zu.

Der Sprecher der Linken-Fraktion zieht nach der Berichterstattung und der Aussage des Vorstandes den Antrag zurück.

Antrag:

Die Verwaltung möge prüfen, ob es einen Dienstleister gibt, der den Verleih von Fahrrädern und E-Bikes innerhalb des Stadtgebietes anbieten würde.

Zudem wird die Verwaltung beauftragt, die Infrastruktur für E-Bikes in den jeweiligen Stadtteilen sicherzustellen.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

2.2 **SMARTE Straßenlaternen**

Vorlage: 130/2019

Der Vorstand informiert, dass am 06.05.2019 eine gemeinsame Pressekonferenz von Innogy, Stadtwerken Velbert, Wobau und Technischen Betrieben Velbert zum Thema „Smarte Quartiere“ stattfinden wird.

Der Vorstand empfiehlt, dieses Thema auf die kommende Sitzung zu verschieben und dann erste Ergebnisse zu präsentieren, womit der Sprecher der Piraten-Fraktion einverstanden ist.

Antrag:

Auf den beigefügten Antrag wird verwiesen.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

2.3 **Spielplatz 38 Brangenberger Straße**

Vorlage: 153/2019

Der Vorstand geht wie folgt auf die Fragen im Antrag ein:

zu 1)

Eine weitergehende Untersuchung wurde unmittelbar im Anschluss nach Vorliegen der Erstbewertung beauftragt und durchgeführt.

Die weitergehende Bodenuntersuchung auf der Altlastenverdachtsfläche 7489/1 Ve (neu 36589/2 Ve) in Velbert wurde am 29.01.2001 ebenfalls durch das Büro für Umwelt- und Ingenieurgeologie, BUI, Oberhausen durchgeführt.

Der Bericht kommt im Ergebnis am 15.02.2001 zu folgender Bewertung bzw. Folgerung: „Die Untersuchung von 15 Einzelproben auf PAK ergab geringe bis tolerable PAK-Summengehalte. Die Beno(a)pyren-Gehalte lagen mit einer Ausnahme zwischen 0,02 und 1,4 mg/kg und damit unter dem Prüfwert der BBodSchV für Kinderspielflächen von 2 mg/kg. Nur der Benzo(a)pyren-Gehalt der Probe RKS 9 (0,1-0,35m) überschreitet mit

2,5mg/kg den genannten Wert der BBodSchV“

„In dem Tiefenbereich 0-0,1 m, dem Kontaktbereich für orale oder dermale Schadstoffaufnahme wurde keine Prüfwertüberschreitung festgestellt und in dem Tiefenbereich bis 0,35 m, der die maximale von spielenden Kinder erreichbare Tiefe repräsentiert, lediglich an einer Stelle. Demnach ist ein direkter Kontakt spielender Kinder mit PAK-belasteten Böden nicht zu besorgen. [...] „

„Auf der Grundlage der nun durchgeführten ergänzenden Untersuchungen kann das Gefährdungspotential hinsichtlich der PAK-Belastung der Böden als gering eingestuft werden. Maßnahmen zur Sicherung der belasteten Böden werden derzeit nicht für erforderlich gehalten.“

zu 2)

In der weitergehenden Untersuchung stellt der Bericht des Gutachters klar, dass der erhöhte Wert (Benzo(a)pyren - BaP) der „Mischprobe 2 – MP2“ der Erstuntersuchung bei der Einzeluntersuchung der weitergehenden Untersuchung nicht festgestellt wurde.

„Es wird davon ausgegangen, daß bei der Probenherstellung der Mischprobe MP 2 eine punktuelle Bodenverunreinigung durch PAK erfaßt wurde oder daß höher PAK-haltige Partikel, z.B. Kohlestücke oder Schlacke zu dem früheren Befund geführt haben.“

Der Grenzwert für Benzo(a)pyren BaP auf Kinderspielflächen gem. Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) – Anhang 2, liegt unverändert bei 2 mg/kg TM

zu 3)

Aussagen zu einer „Abspülung“ durch Regen machen beide Berichte des Gutachters nicht. Eine Kontrolle solcher Ereignisse ist aber durch die regelmäßige Spielplatzkontrolle sichergestellt. (Siehe Antworten „zu 3) und 4)“)

zu 4) Sowohl der Kreis Mettmann (Untere Bodenschutzbehörde) als auch das untersuchende Ingenieurbüro sahen in dieser Richtung keinen weiteren Handlungsbedarf (Sperrung o.ä.).

zu 3 und 4)

Der Gutachter empfiehlt in seiner Bewertung des Sachverhaltes vom 15.02.2001 „[...]regelmäßige Kontrollen des Spielplatzes hinsichtlich des Spiel- und insbesondere Grabehaltens der Kinder[...]“, damit außergewöhnliche Grabeaktivitäten entdeckt werden und entsprechende Gegenmaßnahmen durchgeführt werden können bzw. „[...] die gutachterliche Einschätzung zu verifizieren[...]. Diese Sichtkontrolle wird im Rahmen der regelmäßigen Spielplatzkontrolle zur Überprüfung der Verkehrssicherheit abgedeckt. Auch Ab- bzw. Ausspülungen würden bei der regelmäßigen Spielplatzkontrolle erfasst werden.

Antrag:

Auf den beigefügten Antrag wird verwiesen.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

3. **Wirtschaftsplan**

3.1 **4. Quartalsbericht zum Wirtschaftsplan 2018 Bericht über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie die Entwicklung des Vermögensplanes sowie des Risikomanagement**

Vorlage: 104/2019

Der Vorstand gibt an, dass das Jahresergebnis mit über 1 Mio. € voraussichtlich positiver als erwartet ausfallen wird und die Verbindlichkeiten weiter abgebaut werden konnten. Ansonsten gibt er einen Überblick über die wesentlichen Ertrags- und Aufwandsarten.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

3.2 4. Quartalsbericht 2018 zum Vermögensplan
Vorlage: 105/2019

Der Vorstand gibt ergänzend zum Bericht an, dass Maßnahmen in Höhe von rund 13 Mio € im Jahr 2018 beauftragt wurden.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

3.3 § 2b Umsatzsteuergesetz

Der Vorstand teilt den aktuellen Sachstand mit und berichtet über aktuelle Prüfungen der steuerlichen Risiken und eventuellen Prozessänderungen. Der Tagesordnungspunkt wird für die nächsten Sitzungen als Dauertagesordnungspunkt aufgenommen. Der Vorstand sagt dem Gremium eine Einführung in die Thematik zur nächsten Verwaltungsratssitzung zu.

4. Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Velbert (Abfallentsorgungssatzung)
Vorlage: 132/2019

Der Vorstand führt aus, dass bei der Vorlage primär redaktionelle Änderungen und Anpassungen in Bezug auf die Mustersatzung vorgenommen wurden.

Beschluss:

Es wird folgende Satzung beschlossen:

Satzung
über die Abfallentsorgung in der Stadt Velbert
(Abfallentsorgungssatzung)

vom 03.04.2019

Aufgrund der § 7 und 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW., S. 666) zuletzt geändert durch

Gesetz vom 23. Januar 2018 (GV. NRW.2018 , S. 90), der §§ 5, 8 und 9 des Landesabfallgesetzes (LAbfG NW) vom 21. Juni 1988 (GV. NRW. S. 250) zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. April 2017 (GV.NRW 2017. S.442), des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I 2012, S. 212 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 9 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I 2017, S. 2808), § 7 der Gewerbeabfallverordnung vom 18. April 2017 (BGBl. I 2017, S. 896 ff) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I 2017, S. 2234), des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG) vom 20. Oktober 2015 (BGBL. I 2015, S. 1739 ff.) zuletzt geändert durch Art. 16 des Gesetzes vom 27. Juni 2017 (BGBL. I 2017, S. 1966), des Batteriegesetzes (BattG) vom 25. Juni 2009 (BGBL. I 2009, S. 1582, zuletzt geändert durch Art. 6 Abs. 10 des Gesetzes vom 13. April 2017 (BGBL. I 2017, S. 872), des Verpackungsgesetzes (VerpackG – Art. 1 des Gesetzes zur Fortentwicklung der haushaltsnahen Getrennhaltung von wertstoffhaltigen Abfällen vom 05. Juli 2017 - BGBL. I 2017, S. 2234 ff.), des § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 19. Februar 1987 (OWiG - BGBl. I 1987, S. 602), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Juli 2017 (BGBl. I 2017, S. 2808) sowie in Verbindung mit der Satzung der Stadt Velbert für das Kommunalunternehmen, Technische Betriebe Velbert, Anstalt des öffentlichen Rechts, vom 07. März 2018 – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – hat der Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens Technische Betriebe Velbert, Anstalt des öffentlichen Rechts, in seiner Sitzung vom 03.04.2019 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Abfallwirtschaftliche Ziele

- (1) Die Abfallwirtschaft in der Stadt Velbert wird von der TBV AöR nach folgender Zielsetzung vorgenommen:
 - a) Vermeidung von Abfällen (insbesondere durch Gebrauch von langlebigen Erzeugnissen und Wiederverwendung von Mehrwegprodukten);
 - b) stoffliche Verwertung von Abfällen (insbesondere durch Getrennhaltung am Anfallort und getrennte Einsammlung);
 - c) chemisch-physikalische oder biologische Behandlung von Abfällen;
 - d) thermische Verwertung von Abfällen;
 - e) Beseitigung von Abfällen.
- (2) Insbesondere sollen Abfälle aus Industrie und Gewerbe, für die die Vermeidung oder die stoffliche oder thermische Verwertung technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar sind, nicht beseitigt werden. Die Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) ist einzuhalten.

§ 2

Vermeidung von Abfällen

- (1) Zur Vermeidung von Abfällen werden Haushaltungen mit dem Ziel, beraten und informiert, den Anfall von Abfällen durch entsprechende Entscheidungen bei Einkauf von Produkten zu vermeiden.
- (2) Die TBV AöR wirkt in ihrem Zuständigkeitsbereich darauf hin, dass möglichst wenig Abfall entsteht. Dem dienen vor allem folgende Maßnahmen:
 - a) Abfälle zur Verwertung müssen nach Maßgabe des § 10 getrennt gehalten werden.
 - b) Bei Veranstaltungen auf Grundstücken oder in Einrichtungen der Stadt oder der TBV AöR dürfen Speisen und Getränke nur in pfandpflichtigen, wiederverwendbaren Verpackungen und Behältnissen ausgegeben und pfandpflichtige, wiederverwendbare Bestecke verwendet werden. Ausnahmen bedürfen einer besonderen Genehmigung im Einzelfall. Einzelheiten (z. B. abfallwirtschaftliche Auflagen) werden in der Genehmigung für die Veranstaltung festgelegt.

- c) Die Eigenkompostierung wird gefördert.

§ 3 Aufgaben

- (1) Die TBV AöR betreibt die Abfallentsorgung im Gebiet der Stadt Velbert nach Maßgabe der Gesetze und dieser Satzung als öffentliche Einrichtung. Diese öffentliche Einrichtung wird als „kommunale Abfallentsorgungseinrichtung“ bezeichnet und bildet eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit.
- (2) Die TBV AöR informiert und berät die privaten Haushaltungen über die Möglichkeiten der Vermeidung und der Verwertung von Abfällen.
- (3) Die TBV AöR kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben ganz oder teilweise Dritter bedienen.
- (4) Der Kreis Mettmann berät und informiert Industrie, Gewerbe und öffentliche Einrichtungen gemäß § 2 Abs. 1 seiner Abfallsatzung zur Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen.
- (5) Der Kreis Mettmann hat die Stadt Velbert nach § 22 KrWG mit der Durchführung der Entsorgung der nichtbrennbaren Abfälle aus dem Stadtgebiet Velbert beauftragt, die dem Anschluss- und Benutzungszwang der Abfallsatzung des Kreises Mettmann an die städtischen Deponien unterliegen. Die Stadt Velbert entsorgt deshalb diese Abfälle auf ihren Deponien, soweit dies aufgrund bestehender Genehmigungen zulässigerweise geschehen kann. Das Anschluss- und Benutzungsrecht, der Anschluss- und Benutzungszwang sowie der zugelassene Abfallkatalog sind in der Abfallsatzung des Kreises Mettmann abschließend geregelt.

§ 4 Abfallentsorgungsleistungen

Die Entsorgung von Abfällen durch die TBV AöR umfasst

- das Einsammeln und Befördern von Restmüll
- das Einsammeln und Befördern von Bioabfall. Unter Bioabfällen sind hierbei alle im Abfall enthaltenden biologisch abbaubaren Abfallanteile zu verstehen mit Ausnahme von gekochten Speiseresten (vgl. § 3 Abs. 7 KrWG)
- das Einsammeln und Befördern von Altpapier, soweit es sich nicht um Einwegverkaufsverpackungen aus Papier / Pappe/ Karton handelt.
- das Einsammeln und Befördern von Alttextilien
- das Einsammeln und Befördern von sperrigen Abfällen (Sperrmüll)
- das Einsammeln und Befördern von Elektro- und Elektronik-Altgeräten nach dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) und § 16, Abs. 2 dieser Satzung
- das Einsammeln und Befördern von Altbatterien gemäß § 13 Batteriegesetz (BattG)
- das Einsammeln und Befördern von schadstoffhaltigen Abfällen mit dem mobilen Schadstoffmobil
- das Aufstellen, die Unterhaltung und das Entleeren von Abfallbehältern auf öffentlichen Verkehrsflächen und in öffentlichen Anlagen

- sowie das Einsammeln und Befördern verbotswidriger Abfallablagerungen auf den der Allgemeinheit zugänglichen Grundstücken im Stadtgebiet.

Das Einsammeln und Befördern von gebrauchten Einweg-Verkaufsverpackungen aus Glas, Papier/Pappe/Karton, Leichtstoffverpackungen (z.B. Kunststoffe, Verbundstoffe) erfolgt im Rahmen des rein privatwirtschaftlichen Dualen Systems zur Einsammlung, Sortierung und Verwertung von gebrauchten Einweg-Verpackungen auf der Grundlage der §§ 13 ff. des Verpackungsgesetzes (VerpackG). Dieses privatwirtschaftliche Duale System ist kein Bestandteil der öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtung der Gemeinde. Es werden im Rahmen dieser Satzung und unter Berücksichtigung einer jeweils geltenden Abstimmungsvereinbarung mit den privaten Systembetreibern gemäß § 22 VerpackG lediglich flankierende Regelungen dahin getroffen, welche Abfälle (Einwegverpackungen) in die Erfassungsbehältnisse (z.B. gelbe Tonne, gelber Sack, Altglascontainer) des privatwirtschaftlichen Systems eingeworfen werden können. Die Erfassung von Einweg-Verpackungen aus Papier/Pappe/Karton erfolgt gemeinsam über die öffentlich-rechtliche Altpapierfassung für Druckerzeugnisse, Zeitungen, Zeitschriften (z.B. Altpapiertonne, dezentral aufgestellte Altpapier-Depotcontainer, Abgabemöglichkeit am Wertstoffhof)

Für gebrauchte Verpackungen im Sinne von § 14 des VerpackungsG stehen folgende Sammelgefäße zur Verfügung:

1. Gelbe Sammelbehälter für Leichtstoffverpackungen (gelbe 120 l, 240 l, 1.100 l Behälter und gelbe 90 l Säcke)
2. Depotcontainer für Hohlglas
3. Sammelbehälter für Papierverpackungen (Altpapier-Depotcontainer, Altpapier-Tonne, Presscontainer als Abgabemöglichkeit auf dem Wertstoffhof u. a. für größere Gebinde)

Jede Besitzerin und jeder Besitzer dieser Wertstoffe ist aufgefordert, hierfür die zur Verfügung gestellten Behältnisse zu nutzen.

§ 5

Ausgeschlossene Abfälle

- (1) Vom Einsammeln und Befördern durch die TBV AöR sind gemäß § 20 Abs. 2 KrWG mit Zustimmung der zuständigen Behörde alle Abfälle ausgeschlossen, die nicht in den in dieser Satzung beigefügten Listen (Abfallkataloge), die Bestandteil dieser Satzung sind, aufgeführt sind und folgende Abfälle:
 1. Abfälle, die aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 25 KrWG einer Rücknahmepflicht unterliegen, bei denen entsprechende Rücknahmevorrichtungen tatsächlich zur Verfügung stehen und bei denen die Stadt/Gemeinde nicht durch Erfassung als ihr übertragene Aufgabe bei der Rücknahme mitwirkt (§ 20 Abs. 2 Satz 1 KrWG).
 2. Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, insbesondere aus Industrie und Gewerbe, die nicht in zugelassenen Behältern (§ 12) gesammelt werden können oder nach ihrer Art, Menge oder Beschaffenheit nicht mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen eingesammelt, befördert oder beseitigt werden können oder die Sicherheit der umweltverträglichen Beseitigung im Einklang mit den Abfallwirtschaftsplänen des Landes durch einen anderen Entsorgungsträger oder Dritten gewährleistet ist (§ 20 Abs. 2 Satz 2 KrWG).
 3. Pflanzliche Abfälle von landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Grundstücken (landwirtschaftliche Betriebe und Erwerbsgärtnereien).
 4. Bioabfälle im Sinne von § 3 Nr. 7 KrWG aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, insbesondere Gewerbe und Landwirtschaft, soweit diese ein Behältervolumen von 770 l pro Grundstück und Leerungszeitraum überschreiten.

5. Küchen- und Kantinenabfälle nach § 3, Abs.1 der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV). Ist eine Verwertung aufgrund deren geringer Menge wirtschaftlich nicht zumutbar, können diese mit den bei ihnen angefallenen Abfällen aus privaten Haushaltungen gemeinsam erfasst und dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger überlassen werden (§ 3, Abs. 2 GewAbfV).
 6. Erde und Steine (Erdaushub), Beton, Ziegel, Fliesen und Keramik sowie Baustoffe auf Gipsbasis (Bauschutt) und kohlenteeerhaltige Bitumengemische, Bitumengemische (Straßenaufbruch) sowie Kohlenteeer und teeerhaltige Produkte.
 7. Sperrige Abfälle aus Wohnungen und anderen Teilen von Wohngrundstücken, die wegen ihres Umfangs, ihrer Art oder ihres Gewichts nicht durch eine Fahrzeugbesatzung von Hand verladen werden können (s. § 16 (2)).
 8. Elektro- und Elektronikgeräte gemäß Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I, S. 1739), die eine Kantenlänge von 40 cm unterschreiten. Diese Geräte werden kostenlos auf dem Wertstoffhof der DBV, Industriestr. 33 angenommen.
 9. Schadstoffhaltige Bestandteile des Hausmülls wie Batterien, Lackreste, Lösungsmittel, Medikamente (Zytotoxische und zytostatische Arzneimittel), Gasentladungslampen usw. . Aus dem Bereich Haushaltungen werden diese an der von der TBV AöR eingerichteten mobilen Sammelstelle angenommen. Aus anderen Herkunftsbereichen als Haushaltungen werden diese an der vom Kreis Mettmann bestimmten Sammelstelle angenommen, wobei der Kreis die diesbezügliche Gebührenpflicht in seiner Abfallsatzung regelt. Ort und Zeitpunkt der Annahme werden ortsüblich bekannt gemacht.
 10. Abfälle aus Verpackungen im Sinne des § 3 des Gesetzes zur Fortentwicklung der haushaltsnahen Getrennthaltung von wertstoffhaltigen Abfällen vom 05. Juli 2017 (BGBl. I 2017 S. 2234 ff.), soweit es sich um folgende Verpackungen handelt:
 - a) Transportverpackungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 3 VerpackG, die vom Hersteller und Vertreiber (§ 3 Abs. 12 und 14 VerpackG) zurückzunehmen und einer erneuten Verwendung oder einer stofflichen Verwertung zuzuführen sind (§ 4 Abs. 2 VerpackG).
 - b) Umverpackungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 2, VerpackG, die vom Vertreiber (§ 3 Abs. 12 VerpackG) zurückzunehmen und einer erneuten Verwendung oder einer stofflichen Verwertung zuzuführen sind (§ 4 Abs. 2 VerpackG).
- (2) Über Absatz 1 hinaus kann die TBV AöR in Einzelfällen mit Zustimmung des Landrats als Untere staatliche Verwaltungsbehörde Abfälle vom Einsammeln und Befördern ganz oder teilweise ausschließen, wenn diese nach ihrer Art oder Menge nicht mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen entsorgt werden können. Die TBV AöR kann die Besitzer solcher Abfälle verpflichten, diese bis zur Entscheidung der Unteren staatlichen Verwaltungsbehörde auf ihrem Grundstück so zu lagern, dass das Wohl der Allgemeinheit (§ 15 KrWG) nicht beeinträchtigt wird.
 - (3) Soweit Abfälle vom Einsammeln und Befördern durch die TBV AöR ganz oder teilweise ausgeschlossen sind, sind deren Besitzer nach den Vorschriften der Abfallsatzung des Kreises Mettmann in der jeweils geltenden Fassung zur Entsorgung der Abfälle verpflichtet.
 - (4) Die auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, in öffentlichen Anlagen und in der freien Landschaft von der TBV AöR oder den Trägern des öffentlichen Personennahverkehrs aufgestellten Abfallbehälter sind für Abfälle bestimmt, die beim Verzehr von Lebens- und Genussmitteln im Freien anfallen. Es ist unzulässig, diese Abfallbehälter zum Ablagern anderer Abfälle zu benutzen.
 - (5) Änderungen der Liste (Abfallkatalog) gemäß Absatz 1 werden ortsüblich bekannt gemacht.

§ 6

Anschluss- und Benutzungsrecht

- (1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt liegenden Grundstücks ist im Rahmen der §§ 4 bis 5 berechtigt, von der TBV AöR den Anschluss seines Grundstücks an die kommunale Entsorgungseinrichtung zu verlangen (Anschlussrecht). Bei Geltendmachung des Anschlussrechts ist das nach § 13 dieser Satzung vorgesehene Mindest-Restmüllbehältervolumen einzuhalten. Eine Biotonne wird nur in Kombination mit einem Restmüllgefäß zur Verfügung gestellt.
- (2) Der Anschlussberechtigte und jeder andere Abfallbesitzer im Gebiet der Stadt haben im Rahmen der §§ 4 bis 5 das Recht, die auf ihren Grundstücken oder sonst bei ihnen anfallenden Abfälle der kommunalen Entsorgung zu überlassen (Benutzungsrecht) soweit sie nicht gemäß § 5 Abs. 1 und 2 vom Einsammeln und Befördern ausgeschlossen sind. Für Grundstücke, die nicht an die kommunale Entsorgungseinrichtung angeschlossen sind, beinhaltet das Benutzungsrecht die Ablieferung bei der für den jeweiligen Abfall vorgesehenen Abfallentsorgungsanlage; ein Recht auf Abholung besteht bei nicht angeschlossenen Grundstücken nicht.
- (3) Wenn ein Grundstück in Wohnungs- und Teileigentum aufgeteilt ist, sind neben der Gemeinschaft der Wohnungseigentümer auch die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer oder Gruppen von Wohnungs- und Teileigentümern anschluss- und benutzungsberechtigt, wenn und soweit nach Maßgabe der Satzung der TBV AöR über grundstücksbezogene Benutzungsgebühren auch die anderen durch die TBV AöR erhobenen grundstücksbezogenen Benutzungsgebühren auf die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer oder Gruppen von Wohnungs- und Teileigentümern aufgeteilt werden sollen. Auf Antrag der Gemeinschaft der Wohnungseigentümer können in diesem Falle an ihrer Stelle die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer oder Gruppen von Wohnungs- und Teileigentümern in der Weise an die kommunale Entsorgungseinrichtung angeschlossen werden, dass ihnen nach Maßgabe dieser Satzung eigene Abfallbehälter bereitgestellt werden.

§ 7

Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt liegenden Grundstücks ist verpflichtet, sein Grundstück an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung anzuschließen, wenn das Grundstück von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt wird (Anschlusszwang). Der Eigentümer eines Grundstücks als Anschlusspflichtiger und jeder andere Abfallbesitzer (z. B. Mieter, Pächter) auf einem an die kommunale Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstück ist verpflichtet, im Rahmen der §§ 4 bis 5 die auf seinem Grundstück oder sonst bei ihm anfallenden Abfälle zur Beseitigung und Abfälle zur Verwertung aus privaten Haushaltungen der kommunale Abfallentsorgungseinrichtung zu überlassen (Benutzungszwang). Abfälle aus privaten Haushaltungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 1 KrWG i. V. m. § 2 Nr. 2 GewAbfV Abfälle, die in privaten Haushalten im Rahmen der privaten Lebensführung anfallen, insbesondere in Wohnungen und zugehörigen Grundstücks- oder Gebäudeteilen sowie in anderen vergleichbaren Anfallstellen wie Wohnheimen oder Einrichtungen des betreuten Wohnens.

- (2) Eigentümer von Grundstücken und Abfallerzeuger bzw. Abfallbesitzer auf Grundstücken, die nicht zu Wohnzwecken, sondern anderweitig z. B. gewerblich / industriell genutzt werden, haben gleichermaßen die Verpflichtungen nach Abs. 1, soweit auf diesen Grundstücken Abfälle zur Beseitigung im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 2 2. Halbsatz KrWG anfallen. Sie haben nach § 7 Abs. 2 der GewAbfV einen Pflicht-Restmüllbehälter zu benutzen. Abfälle gelten als angefallen, wenn erstmalig die Begriffsmerkmale in § 3 Abs. 1 KrWG erfüllt sind. Das sog. Huckepackverfahren ist unzulässig, d.h. angefallener Restmüll darf als gemischter Siedlungsabfall (Abfallschlüsselnummer 20 03 01) nicht mit anderen Abfällen, die einer anderen Abfallschlüssel-Nummer der Anlage zur Abfallverzeichnisverordnung zuzuordnen sind, entsorgt werden. Im Übrigen gilt Abfall zur Beseitigung als angefallen, wenn konkrete Verwertungsmaßnahmen durch den gewerblichen Abfallbesitzer/-erzeuger unter Beachtung der Vorgaben zur Trennung von Abfällen in den §§ 3 und 4 GewAbfV nicht schlüssig und nachvollziehbar aufgezeigt werden können. Dies ist z.B. bei benutzten Staubsaugerbeuteln, benutzten Papiertaschen- bzw. Papierküchentüchern, Küchenschwämmen, Kehricht, benutzten Damenbinden und Tampons, Zigarettenkippen sowie zerbrochenem Porzellan anzunehmen.

Die Zuteilung des Gefäßvolumens für den Pflicht-Restmüllbehälter erfolgt auf Grundlage der Maßgaben von § 13 (2) dieser Satzung. Gewerbliche Siedlungsabfälle sind nach § 2 Nr. 1 GewAbfV Siedlungsabfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, die in Kapitel 20 der Abfallverzeichnis-Verordnung aufgeführt sind, insbesondere gewerbliche und industrielle Abfälle, die Abfällen aus privaten Haushaltungen aufgrund ihrer Beschaffenheit und Zusammensetzung ähnlich sind, sowie Abfälle aus privaten und öffentlichen Einrichtungen.

- (3) Der Anschluss- und Benutzungszwang nach Abs. 1 und Abs. 2 besteht auch für Grundstücke, die anderweitig z. B. gewerblich / industriell und gleichzeitig von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt werden (sogenannte gemischt genutzte Grundstücke). Die gemeinsame Nutzung von Abfallbehältern durch private Haushaltungen oder Erzeuger und Besitzer von gewerblichen Siedlungsabfällen ist auf Antrag möglich.

§ 8

Ausnahmen vom Benutzungszwang

Ein Benutzungszwang nach § 7 besteht nicht,

- soweit Abfälle gemäß § 5 dieser Satzung von der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung ausgeschlossen sind;
- soweit Abfälle in Wahrnehmung der Produktverantwortung nach § 23 KrWG freiwillig zurückgenommen werden, wenn dem zurücknehmenden Hersteller oder Vertreiber durch die zuständige Behörde ein Freistellungs- oder Feststellungsbescheid nach § 26 Abs. 4 oder Abs. 6 KrWG erteilt worden ist (§ 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 KrWG)
- soweit Abfälle einer Rücknahme- oder Rückgabepflicht aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 25 KrWG unterliegen und die TBV AöR an deren Rücknahme nicht mitwirkt (§ 17 Abs.2 Satz 1 Nr. 1 KrWG);
- soweit Abfälle zur Verwertung, die nicht gefährlich sind im Sinne des § 3 Abs.5 KrWG, durch eine nach § 17 Abs.2 Satz1 Nr. 3, Satz 2, § 18 KrWG zulässige gemeinnützige Sammlung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden;
- soweit Abfälle, die nicht gefährlich sind im Sinne des § 3 Abs.5 KrWG, durch eine nach § 17 Abs.2 Satz 1 Nr. 4, Abs. 3, § 18 KrWG zulässige gewerbliche Sammlungen einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden, soweit dies der TBV AöR nachgewiesen worden ist und nicht überwiegende öffentliche Interessen entgegenstehen).

§ 9

Ausnahmen vom Anschluss- und Benutzungszwang an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung

- (1) Kein Anschluss- und Benutzungszwang an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung besteht bei Grundstücken die von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt werden, soweit der/die Anschluss- und/oder Benutzungspflichtige nachweist, dass er/sie in der Lage ist, Abfälle zur Verwertung auf dem an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung angeschlossenen Grundstück ordnungsgemäß und schadlos im Sinne des § 7 Abs. 3 KrWG zu verwerten (Eigenverwertung). Eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang an das Bioabfallgefäß besteht insoweit dann, wenn der/die Anschluss- und/oder Benutzungspflichtige nachvollziehbar und schlüssig darlegt, dass er/sie nicht nur willens, sondern auch fachlich und technisch in der Lage ist, alle auf dem Grundstück anfallenden kompostierbaren Stoffe ordnungsgemäß und schadlos i.S.d. § 7 Abs.3 KrWG selbst so zu behandeln, dass eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere durch Gerüche oder Siedlungsungeziefer (z.B. Ratten), nicht entsteht. Die TBV AöR stellt auf der Grundlage der Darlegungen der/des Anschluss- und/oder Benutzungspflichtigen fest, ob und inwieweit eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang gemäß § 17 Abs.1 Satz 1 2. Halbsatz KrWG besteht.
- (2) Eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang besteht bei Grundstücken, die nicht zu Wohnzwecken, sondern anderweitig z.B. industriell/gewerblich genutzt oder gewerblich genutzt werden, wenn der Abfallerzeuger/Abfallbesitzer nachweist, dass er/sie die bei ihm anfallenden Abfälle zur Beseitigung in eigenen Anlagen beseitigt (Eigenbeseitigung) und keine überwiegenden öffentlichen Interesse eine Überlassung der Abfälle zur Beseitigung erfordern. Überwiegende öffentliche Interessen sind insbesondere dann gegeben, wenn ohne eine Überlassung an die TBV AöR, der Bestand, die Funktionsfähigkeit oder die wirtschaftliche Auslastung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtungen gefährdet werden. Die TBV AöR stellt auf der Grundlage der Darlegungen der/des Anschluss- und/oder Benutzungspflichtigen fest, ob eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang gemäß § 17 Abs.1 Satz 2 2. Halbsatz KrWG besteht.
- (3) Es kann eine Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang erteilt werden, wenn dieser zu einer unzumutbaren Härte für den Überlassungspflichtigen führen würde und die schadlose Verwertung oder Beseitigung nach den §§ 5 ff. und 10 ff. KrWG gewährleistet ist.

§ 10

Getrennthalten von Abfällen zur Verwertung und Abfällen zur Beseitigung,

Benutzung und Leerung bzw. Abholung der Abfallbehältnisse für Leichtstoffverpackungen

- (1) Alle Verpackungen, unabhängig von den Materialien, aus denen sie bestehen (§ 3 Abs. 1 VerpackG) und verwertbare Abfälle wie Altglas, Altpapier, Kartonagen, Kunststoffe, Verbundstoffe, Elektro- und Elektronikgeräte, Metallschrott, Holz, Kork, Textilien, kompostierbare Stoffe und die in § 5 Abs. 1 Ziffer 9 genannten schadstoffhaltigen Bestandteile des Hausmülls sind getrennt zu halten, sofern eine entsprechende Entsorgung angeboten wird.
- (2) Die gemäß Absatz 1 getrennt zu haltenden Stoffe dürfen nur in die hierfür bestimmten Behältnisse gefüllt werden. Auf Wohnzwecken dienenden Grundstücken und Grundstücksteilen anfallendes Altpapier und Kartonagen kann über die freiwillige blaue Altpapier-Tonne oder über die Depotcontainer der Verwertung zugeführt werden. Die gefüllten Behältnisse für Leichtstoffverpackungen bzw. Altpapier und Kartonagen müssen an Abfuhrtagen um 7:00 Uhr soweit möglich am Fahrbahnrand bereitstehen und sind so aufzustellen, dass der Straßenverkehr nicht gefährdet wird. Sie dürfen frühestens am Vorabend hierfür bereitgestellt werden. Nach durchgeführter Abfuhr zurückgebliebene Behältnisse müssen unverzüglich entfernt werden.

§ 11 Benutzung und Bereitstellung der Abfallbehälter

- (1) Die Abfallbehälter werden von der TBV AöR gestellt und unterhalten. Sie bleiben ihr Eigentum.
- (2) Die Abfälle müssen in die von der TBV AöR gestellten Abfallbehälter oder die dafür zur Verfügung gestellten Depotcontainer, entsprechend deren Zweckbestimmung, eingefüllt werden. Abfälle dürfen nicht in einer anderen Weise zum Einsammeln bereitgestellt oder neben die Abfallbehälter oder Depotcontainer gelegt werden.
- (3) Der Grundstückseigentümer hat dafür Sorge zu tragen, dass die Behälter allen Hausbewohnern zugänglich sind und ordnungsgemäß benutzt werden können.
- (4) Die Behälter sind schonend zu behandeln. Behälter nach § 12 Abs.1 Buchstaben a und b dürfen nur zur Hälfte befüllt werden, falls keine entsprechenden Einsätze darin eingelassen sind. Abfälle dürfen nicht in die Abfallbehälter eingestampft, verdichtet oder in ihnen verbrannt werden. Es ist nicht gestattet, brennende, glühende oder heiße Abfälle in Abfallbehälter zu füllen. Die Behälter dürfen nur soweit gefüllt werden, dass sie sich ordnungsgemäß schließen lassen. In Abfallsäcke dürfen zudem scharfkantige Gegenstände nur so verpackt eingefüllt werden, dass Verletzungen des Personals sowie Beschädigungen der Abfallsäcke ausgeschlossen sind. Die Abfallbesitzerinnen oder –besitzer dürfen die Abfälle nur in die ihren Grundstücken zugeteilten Abfallbehälter einfüllen. Nicht ordnungsgemäß zugebundene Abfallsäcke werden nicht entsorgt; Behälter, deren Deckel nicht ordnungsgemäß geschlossen sind oder fehlbefüllte Behälter werden nicht geleert.
- (5) Sperrige Gegenstände, Schnee und Eis sowie Abfälle, die die Behälter, die Sammelfahrzeuge sowie die Entsorgungsanlagen beschädigen oder ungewöhnlich verschmutzen können, dürfen nicht eingefüllt werden.
- (6) Werden Stoffe, die nicht in den Listen (Abfallkataloge) zu § 5 Abs. 1 aufgeführt sind, in bereitgestellten Behältern vorgefunden, entfällt die Pflicht zur Entsorgung. Das gilt auch für Abfälle zur Verwertung und Abfälle zur Beseitigung, die nicht in die zur Verfügung gestellten Behälter eingefüllt wurden.
- (7) Die in § 5 Abs. 1 Nr. 9 genannten schadstoffhaltigen Abfälle sind nach Art des Schadstoffes getrennt zu den Sammelstellen zu bringen.
- (8) Der Grundstückseigentümer haftet für Schäden, die durch unsachgemäße Behandlung der Behälter oder durch Einbringen von nicht zugelassenen Gegenständen an den Sammelfahrzeugen oder den Entsorgungsanlagen entstehen entsprechend den gesetzlichen Haftungsregelungen.

§ 12 Abfallbehälter und Abfallsäcke

- (1) Für das Einsammeln und Befördern von Wertstoffen und Abfällen werden folgende Behälter bzw. Säcke bereitgestellt:
 - a) 40 l Inhalt (Restmüll), in Form eines 80 l-Behälters, der entsprechend gekennzeichnet ist,
 - b) 60 l Inhalt (Restmüll), in Form eines 120 l-Behälters, der entsprechend gekennzeichnet ist,
 - c) 80 l Inhalt (Restmüll),
 - d) 120 l Inhalt (Restmüll, Bioabfall und Altpapier),
 - e) 240 l Inhalt (Restmüll, Bioabfall und Altpapier),
 - f) 770 l Inhalt (Restmüll und Bioabfall),
 - g) 1100 l Inhalt (Restmüll und Altpapier).

- h) 45 l Inhalt (Sack)
 - i) 70 l Inhalt (Sack),
- (2) Die TBV AöR bestimmt den Zweck der Abfallbehälter.
 - (3) Die TBV AöR stellt und unterhält die Abfallbehälter, soweit ihr Einsammeln und Befördern nach dieser Satzung obliegen. Die Pflege der Abfallbehälter obliegt den Benutzern. Die Abfallbehälter verbleiben bei einem Wohnungswechsel auf dem Grundstück.
 - (4) Die Behälter können auch für mehrere Grundstücke aufgestellt werden.

§ 13

Art, Anzahl und Größe der Abfallbehälter und Abfallsäcke

- (1) Die Grundstückseigentümer bestimmen das von der TBV AöR bereitzustellende Behältervolumen für Restmüll zur Beseitigung. Hierbei ist jedenfalls das Mindest-Restmüllbehältervolumen gemäß Absatz 2 bis 4 einzuhalten.
- (2) Bei Grundstücken mit privaten Haushaltungen ist ein Mindest-Restmüllbehältervolumen von 20 Litern pro Person und 2 Wochen für jeden mit Haupt- oder Nebenwohnsitz auf dem Grundstück gemeldeten Einwohner vorzuhalten. Für Grundstückseigentümer von Grundstücken, auf denen unter Nichtbeachtung des Anschluss- und Benutzungszwangs eine Bioabfalltrennung nicht erfolgt, wird ein Mindest-Restmüllbehältervolumen von 30 Litern pro Person und 2 Wochen festgelegt.
- (3) Für die Abfuhr von Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen wird der Behälterbedarf für Abfälle zur Beseitigung unter Zugrundelegung von Einwohnergleichwerten ermittelt. Jeder Grundstückseigentümer ist verpflichtet, bei Grundstücken, auf denen sich Nutzungen anderer Herkunftsbereiche als privaten Haushaltungen befinden, ein Mindest-Restmüllbehältervolumen von 20 Litern pro Einwohnergleichwert und 2 Wochen für jedes auf dem Grundstück gemeldete Gewerbe sowie für jeden auf dem Grundstück gemeldeten Freiberufler vorzuhalten.
Die Einwohnergleichwerte werden nach folgender Regelung festgestellt:

Zuordnung der Einwohnergleichwerte (EGW)		
Unternehmen/ Institution	Bezugsgröße (je Platz / Beschäftigten / Bett)	EGW_B*
öffentliche Verwaltungen, Geldinstitute	je Beschäftigten	0,27

Verbände, Krankenkassen, Versicherungen	je Beschäftigten	0,27
Krankenhäuser, Kliniken, Wohn-, Pflege- sowie Kinderheime	je Bett	0,8
Schulen, Kindergärten	je Schüler/Kind	0,08
Beherbergungsbetriebe, Jugendherbergen	je Bett	0,2
Speisewirtschaften, Imbissstuben	je Beschäftigten	3
Gaststättenbetriebe, die nur als Schankwirtschaften konzessioniert sind, Spielhallen, Eisdielen	je Beschäftigten	1
Lebensmittelgroß- und -einzelhandel (einschl. Bäckereien, Metzgereien)	je Beschäftigten	1
Sonstiger Groß- und Einzelhandel	je Beschäftigten	0,4
selbständige Tätigkeiten der freien Berufe	je Beschäftigten	0,2
selbständige Handels-, Industrie- u. Versicherungsvertreter	je Beschäftigten	0,2
Industrie, Handwerk und übriges Gewerbe	je Beschäftigten	0,4

*EGW pro Bezugsgröße

Der Einwohnergleichwert für ein Unternehmen bzw. eine Institution wird wie folgt berechnet:

$EGW_{\text{gesamt}} (\text{Unternehmen, Institution u. a. m.}) = \text{Bezugsgröße} * \text{anzusetzender } EGW_B.$

Der berechnete EGW_{gesamt} wird bis unter 0,50 auf die nächst niedrigere volle Zahl abgerundet und / oder ab 0,50 auf die nächst höhere volle Zahl aufgerundet.“

Als Beschäftigte gelten bei der Berechnung alle in einem Betrieb Tätige (z. B. Arbeitnehmer, Unternehmer, mithelfende Familienangehörige, Auszubildende) einschließlich Zeitarbeitskräfte. Halbtags Beschäftigte werden zu 50 v. H. beim EGW_B bei der Veranlagung berücksichtigt.

Beschäftigte, die weniger als die Hälfte, aber mindestens 25 % der branchenüblichen Arbeitszeit beschäftigt sind, werden zu 25 v. H. bei der Festsetzung der EGW_B berücksichtigt. Beschäftigte, die weniger als 25 % der branchenüblichen Arbeitszeit beschäftigt sind, werden bei der Festsetzung der EGW_B nicht berücksichtigt. Die beiden letztgenannten Regelungen gelten auch für Beschäftigte, die weniger als 50 % bzw. 25 % der branchenüblichen Arbeitszeit im Stadtgebiet Velbert (z. B. Außendienstmitarbeiter außerhalb Velbert) beschäftigt sind.

- (4) Auf Grundstücken, auf denen Abfälle aus privaten Haushaltungen und Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen anfallen, die gemeinsam in einem Restmüllbehälter gesammelt werden können, werden die Mindest-Restmüllbehältervolumina gemäß Absatz 2 und Absatz 3 addiert.
- (5) Die TBV AöR prüft anhand der Meldedaten, ob zum Stichtag am 01.07. eines jeden Jahres das Mindest-Restmüllbehältervolumen eingehalten wird. Soweit das Mindest-Restmüllbehältervolumen unterschritten wird, teilt die TBV AöR von Amts wegen ein höheres Volumen zu. Eine Volumenreduzierung von Amts wegen erfolgt nicht.
- (6) Das zugeteilte Volumen ist, soweit das Mindest-Restmüllbehältervolumen eingehalten wird, auf Antrag des Grundstückseigentümers in Textform zu ändern. Der Antrag kann mit Wirkung zum 01.01., 01.03. oder 01.07. eines Jahres gestellt werden. Für eine Änderung mit Wirkung

zum 01.01. muss der Antrag bis zum vorausgehenden 01.10. bei der TBV AöR eingehen. Ändert sich das Mindest-Restmüllbehältervolumen aufgrund eines Sterbefalls, kann das Volumen ohne Einhaltung der Frist oder der Stichtage auf Antrag unter Glaubhaftmachung des Sterbefalls zum nächsten Monatsersten geändert werden.

- (7) Für die Abfuhr der verwertbaren Stoffe (Bioabfall) werden Bioabfallgefäße in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt
- (8) Für vorübergehend mehr anfallende Abfälle, die sich zum Sammeln in Abfallsäcken eignen, können zusätzlich von der TBV AöR zugelassene Abfallsäcke benutzt werden. Sie werden von der Stadt eingesammelt, soweit sie neben den Abfallbehältern am Abfuhrtag bereitgestellt sind.
- (9) Lassen die örtlichen Verhältnisse eines Grundstücks das Einsammeln von Abfällen in Abfallbehälter nach § 12 Abs. 1 Buchst. a bis e nicht zu, werden anstelle der Abfallbehälter von der TBV AöR zugelassene Abfallsäcke bereitgestellt.
- (10) Wird bei zwei aufeinander folgenden Entleerungsterminen auf der Grundlage einer fototechnischen Dokumentation festgestellt, dass die vorhandenen Abfallbehälter für die Aufnahme des regelmäßig anfallenden Abfalls nicht ausreichen und sind zusätzliche Abfallbehälter nicht beantragt worden, haben die Anschlusspflichtigen die Aufstellung eines Abfallgefäßes mit dem nächst größeren Behältervolumen zu dulden.
- (11) Wird bei drei aufeinander folgenden Entleerungsterminen auf der Grundlage einer fototechnischen Dokumentation festgestellt, dass Bioabfallgefäße oder Papiergefäße mit Restmüll oder anderen Abfällen falsch befüllt worden sind, so werden wegen der damit verbundenen Verhinderung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung dieser Abfälle die Bioabfall- und/oder Altpapiergefäße abgezogen und durch Restmüllgefäße mit einem entsprechenden Fassungsvermögen der abgezogenen Bioabfall- und Altpapiergefäße ersetzt.

§ 14

Leerung der Abfallbehälter bzw. Abholung der Abfallsäcke und der sperrigen Teile

- (1) Die für den Restmüll und Bioabfall bereitgestellten Abfallbehälter bzw. Abfallsäcke werden alternierend wöchentlich entleert bzw. abgeholt. In begründeten Ausnahmefällen kann Restmüll auch häufiger entsorgt werden. Die für Altpapier und Kartonagen bereitgestellten Abfallbehälter werden grundsätzlich alle 4 Wochen abgefahren. Die Abfuhrtage werden von der TBV AöR bestimmt und ortsüblich bekannt gemacht.
- (2) Die gefüllten Abfallbehälter bzw. Abfallsäcke und die sperrigen Teile müssen an Abfuhrtagen um 7.00 Uhr soweit möglich am Fahrbahnrand bereitstehen und sind so aufzustellen, dass der Straßenverkehr nicht gefährdet wird. Sie dürfen frühestens am Vorabend hierfür bereitgestellt werden.
- (3) Wo die Sammelfahrzeuge nicht vorfahren können, müssen die Behälter bzw. Säcke bis an die nächste für die Sammelfahrzeuge erreichbare Verkehrsfläche gebracht werden.
- (4) Nach Entleerung sind die Abfallbehälter ohne Verzug zu entfernen.
- (5) Etwa entstandene Verschmutzungen sind unbeschadet anderer Vorschriften vom Eigentümer des angeschlossenen Grundstücks zu beseitigen.

§ 15

Standplatz und Transportweg

- (1) Die Abfallbehälter sind bis zur Abfuhr auf den Grundstücken so aufzustellen, dass sie das Gesamtbild ihrer Umgebung nicht stören und darüber hinaus ihrem Zweck entsprechend ohne Missstände zu benutzen sind. Für die Standplätze und Transportwege gelten die Unfallverhütungs- und Brandverhütungsvorschriften. Darüber hinaus gilt die DIN 30.700 (Großbehälter) sowie die DIN 30.736 (Müllbehälterschränke).
- (2) Hat der Eigentümer eines Grundstücks die Abfallentsorgung mit Großbehältern gewählt (§ 13 Abs. 1), so ist er verpflichtet, einen Standplatz für Großbehälter zu errichten und zu unterhalten.
- (3) Die Standplätze für Großbehälter sind zur Straße hin mit Mauern oder immergrünem Strauchwerk von mindestens 1,50 m Höhe zu umgeben. Den Standort und die Größe des Platzes bestimmt die Stadt nach Anhörung der Anschlusspflichtigen. Außer den bauaufsichtlichen Vorschriften sind aus betrieblichen Gründen folgende Bestimmungen zu beachten:
 1. Die Standplätze müssen mit einem dauerhaften, nicht lose verlegten und leicht zu reinigendem festen Belag (Platten, Pflaster, Beton) versehen sein. Die Standfläche darf nicht unter der Höhe des Transportweges liegen und ebenso wie dieser nicht durch Schwellen, Einfassungen, Rinnen und dergleichen unterbrochen sein. Es ist weiterhin dafür zu sorgen, dass sich Oberflächenwasser nicht ansammeln kann.
 2. Die Standplätze für Großbehälter und ortsfeste Abfallbehälter sollen von Öffnungen von Aufenthaltsräumen mind. 5 m, von den Nachbargrenzen mind. 2 m entfernt sein. Ausnahmen können zugelassen werden, wenn die Standplätze für mehrere Grundstücke eingerichtet werden. Die Aufstellung beweglicher Abfallbehälter innerhalb von Gebäuden, in besonderen gut belüftbaren Räumen, ist zulässig. Die Entfernung der Standplätze für Großbehälter von der Fahrbahn soll höchstens 5 m, in Ausnahmefällen bis zu 10 m betragen.
 3. Die Standplätze sind so anzulegen, dass die Großbehälter nicht ohne Krafteinwirkung auf die Straße rollen.
 4. Die Transportwege zu den Standplätzen für Großbehälter sind mit einem statisch ausreichenden Unterbau sowie einer geschlossenen und gleitsicheren Decke zu versehen. Sie müssen mindestens 1,30 m breit sein und dürfen ein Gefälle bis zu 3 % haben. Die Transportwege auf dem Grundstück müssen stets in einem verkehrssicheren Zustand gehalten werden; Schnee, Eis und Winterglätte sind zu beseitigen. Die Transportwege müssen ausreichend beleuchtet sein. Großbehälter dürfen nicht durch Gebäude transportiert werden.
 5. Sind Standplätze als Aussparungen in Mauern angeordnet oder von Mauern umgeben, ist für die Innenwände ein leicht zu reinigendes Material als Baustoff zu verwenden.

§ 16

Entsorgung von Sperrmüll, Elektro- und Elektronik-Altgeräte und Altbatterien

- (1) Der Anschlussberechtigte und jeder andere Abfallbesitzer im Gebiet der Stadt hat im Rahmen der §§ 4 und 5 dieser Satzung das Recht, sperrige Abfälle (Hausratgegenstände in haushaltsüblichen Mengen) aus Wohnungen und anderen Teilen des Wohngrundstücks, die wegen ihrer Größe nicht in den zugelassenen Abfallbehältern untergebracht werden können, gesondert abfahren zu lassen, sofern sie nachfolgend nicht vom Einsammeln und Befördern ausgeschlossen sind. § 14 Abs. 2 und 3 gelten entsprechend.
- (2) Folgende Abfälle nach Absatz 1 sind vom Einsammeln und Befördern der sperrigen Abfälle ausgeschlossen:

- a) Hausratgegenstände mit folgenden Eigenschaften:
- Gegenstände, die eine größere Kantenlänge als 2 m haben
 - Gegenstände, die schwerer als 70 kg sind
 - Mengen, die mehr als 3 m³ umfassen
 - Komplette Haushaltsauflösungen
- b) Hausratgegenstände, die im Sinne von Buchstabe a) keine Hausratgegenstände sind, d. h. alle Gegenstände, die entweder fest oder vorübergehend fest in einer Wohnung oder auf anderen Teilen des Grundstückes installiert sind, z.B Baustellen-/Renovierungsabfälle, wie Fenster, Türen, Heizungen, Badewannen etc.
- Bauhölzer, wie Dielenböden, Holzvertäfelungen, Gartenzäune, Gartenhäuser etc.
 - mineralische Abfälle, wie Waschbecken, Toilettenschüsseln, Bauschutt etc.
- c) Abfälle, die über andere Teile des Entsorgungssystems entsorgt werden können, z. B.
- Hausmüll, Kleinteile, die in Kartons, nicht städtischen Müllsäcken oder anderen Behältnissen herausgestellt werden
 - Wert- und Schadstoffe, die über andere Systeme erfasst werden, siehe § 10
 - kompostierbare Abfälle, wie z. B. Baum- und Strauchschnitt
 - Abfälle, die in den Listen (Abfallkataloge) zu § 5 Abs. 1 aufgelistet sind.
 - Abfälle für deren Entsorgung der Kreis Mettmann zuständig ist.
- d) Autoteile
- (3) Elektro-und Elektronik-Altgeräte i. S. d. § 3 Nr. 1 ElektroG sind vom Besitzer der Altgeräte gemäß § 10 Abs. 1 Satz 1 ElektroG getrennt vom unsortierten Siedlungsabfall, insbesondere Sperrmüll, gesondert zur Abholung vor dem Grundstück bereitzustellen bzw. können zum Wertstoffhof gebracht werden. Besitzer von Altgeräten haben Altbatterien und Altakkumulatoren, die nicht von Altgeräten umschlossen sind, gemäß § 10 Abs. 1 Satz 2 ElektroG vor der Abgabe an der Erfassungsstelle zu trennen und der gesonderten Altbatterien-Entsorgung zuzuführen. Dieses gilt gemäß § 10 Abs. 1 Satz 3 ElektroG nicht, soweit nach § 14 Abs. 5 Satz 2 und Satz 3 ElektroG Altgeräte separiert werden, um diese für die Wiederverwendung vorzubereiten.
- (4) Altbatterien i. S. d. § 2 Abs. 9 Batteriegesetz (BattG) sind vom Endnutzer (§ 2 Abs. 13 BattG) als Besitzer von Altbatterien gemäß § 11 Abs. 1 Satz 1 BattG vom unsortierten Siedlungsabfall einer getrennten Erfassung zuzuführen. Dieses gilt gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 BattG nicht für Altbatterien, die in andere Produkte fest eingebaut worden sind. Die Abgabemöglichkeiten von Batterien werden öffentlich bekannt gegeben.

§ 17

Entsorgung über Abrufkarte

- (1) Die Entsorgung sperriger Abfälle und der Elektro- und Elektronikgeräte mit Ausnahme der Geräte nach § 5, Abs. 1 erfolgt auf Anforderung entweder durch ein elektronisches Formular oder mittels einer gesonderten Abrufkarte an Terminen, die gesondert festgelegt werden.
- (2) Die Abfuhr gebündelter Gartenabfälle (Baum- und Strauchschnitt) erfolgt auf Anforderung mittels einer gesonderten Abrufkarte bei der nächstmöglichen Entleerung der Bioabfall-Behälter.

§ 18

Depotcontainer

- (1) An zentralen Standorten sind Depotcontainer aufgestellt. Die TBV AöR informiert über die Standorte sowie deren Änderungen.
- (2) In die zur Sammlung verwertbarer Stoffe aufgestellten Depotcontainer dürfen ausschließlich die jeweils hierfür zugelassenen Abfälle zur Verwertung z. B. Glas (Flaschen, Gläser), Papier (Zeitungen, Zeitschriften, Pappe, Kartonagen) eingefüllt werden.
- (3) Zur Vermeidung von Lärmbelastigungen dürfen Depotcontainer für Altglas und Altpapier nur werktags in der Zeit von 7.00 Uhr bis 20.00 Uhr genutzt werden.
- (4) Abfälle zur Verwertung dürfen nicht neben aufgestellten Depotcontainern abgestellt werden.

§ 19

Anmeldepflicht

- (1) Der Grundstückseigentümer als auch die juristischen Personen, Betriebe und Einrichtungen haben der TBV AöR den erstmaligen Anfall von Abfällen, die voraussichtliche Menge sowie jede wesentliche Veränderung der anfallenden Abfälle oder ihrer Menge unverzüglich anzu-melden.
- (2) Wechselt der Grundstückseigentümer, so sind sowohl der bisherige als auch der neue Eigen-tümer verpflichtet, die TBV AöR unverzüglich zu benachrichtigen. Wechselt der Inhaber eines Betriebes, aus dem bisher regelmäßig Abfälle zur Beseitigung zu einer Entsorgungsanlage unmittelbar befördert worden sind, so hat der neue Inhaber dies der TBV AöR unverzüglich mitzuteilen und die nach Abs. 1 erforderlichen Angaben zu machen.

§ 20

Auskunftspflicht, Betretungsrecht

- (1) Der Anschlussberechtigte und jeder andere Abfallbesitzer sind verpflichtet, über die Pflichten gem. § 19 hinaus, alle für die Entsorgung erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Hierzu gehört insbesondere die Mitteilung über die Anzahl der Beschäftigten, ihre Arbeitszeiten, die Anzahl der Betten in Krankenhäuser, Kliniken, Wohn-, Pflege-, Kinderheimen, Beherbergungsbetrie-ben sowie Jugendherbergen.
- (2) Den Beauftragten der TBV AöR ist zur Prüfung, ob die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, ungehinderter Zutritt zu den angeschlossenen Grundstücken zu gewähren. Auf den Grundstücken vorhandene Sammelstellen für Abfälle müssen zu diesem Zweck jederzeit zu-gänglich sein.
- (3) Die Anordnungen der Beauftragten sind zu befolgen.
- (4) Die Beauftragten haben sich durch einen von der TBV AöR ausgestellten Dienstausweis aus-zuweisen.

§ 21

Unterbrechung der Entsorgung

- (1) Wird die Entsorgung infolge höherer Gewalt, durch Streik, Betriebsstörungen, betriebsnotwen-dige Arbeiten, behördliche Verfügungen oder Verlegungen des Zeitpunktes der Entsorgung vorübergehend eingeschränkt, unterbrochen oder verspätet durchgeführt, so hat der an die Entsorgung Angeschlossene keinen Anspruch auf Schadenersatz oder auf Ermäßigung der Gebühren.

Ist das Abholen der Abfälle aus einem der vorgenannten Gründe unterblieben, so wird es sobald wie möglich nachgeholt. Soweit der Betrieb der von der TBV AöR zur Verfügung gestellten Entsorgungsanlage gestört ist, hat die TBV AöR im Rahmen der ihr gegebenen Möglichkeiten für Ausgleichsmöglichkeiten zu sorgen und darauf hinzuwirken, dass die Störungen behoben werden.

§ 22

Anfall der Abfälle, Eigentumsübergang

- (1) Als angefallen zum Einsammeln und Befördern gelten Abfälle und Gegenstände, die in zugelassene Abfallbehälter oder Abfallsäcke eingefüllt zur Abfuhr bereitstehen oder für die Abfuhr sperriger Abfälle (§ 16) bereitgestellt sind bzw. in die im Stadtgebiet im Rahmen der Wertstoffsammlung aufgestellten Wertstoffcontainer zweckentsprechend eingefüllt oder an den Sammelstellen für Schadstoffe abgegeben werden.
- (2) Abfälle, die nach dieser Satzung nicht ausgeschlossen sind, gehen in das Eigentum der TBV AöR über, sobald sie eingesammelt und auf die Sammelfahrzeuge verladen worden sind.
- (3) Die TBV AöR ist nicht verpflichtet, im Abfall nach verlorenen Gegenständen zu suchen oder suchen zu lassen. Im Abfall vorgefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen behandelt.
- (4) Unbefugten ist nicht gestattet, angefallene Abfälle zu durchsuchen oder weg zu nehmen.

§ 23

Gebühren

Für die Benutzung der Entsorgungseinrichtungen der TBV AöR werden Gebühren nach der zu dieser Satzung erlassenen Gebührensatzung für die öffentliche Entsorgung der TBV AöR erhoben. Die gebührenpflichtige Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung beginnt, wenn dem anschluss- und benutzungspflichtigen Grundstückseigentümer ein oder mehrere Abfallgefäße zur Verfügung gestellt worden sind oder ein oder mehrere Abfallgefäße anderweitig vorhanden sind und diese zur Abfallüberlassung / Entsorgung bereitgestellt werden und das an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung angeschlossene Grundstück mit Abfallfahrzeugen zur Entleerung dieser Abfallbehältnisse angefahren wird.

§ 24

Andere Berechtigte und Verpflichtete

Die sich aus dieser Satzung für die Grundstückseigentümer ergebenden Rechte und Pflichten gelten entsprechend für Erbbauberechtigte, Wohnungseigentümer im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes, sonstige Nutzungsberechtigte und Nießbraucher sowie alle sonstigen zum Besitz eines Grundstücks dinglich Berechtigten. Die Grundstückseigentümer werden von ihren Verpflichtungen nicht dadurch befreit, dass neben ihnen andere Anschluss- und Benutzungspflichtige vorhanden sind.

§ 25

Begriff des Grundstücks

Grundstück im Sinne dieser Satzung ist unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch und ohne Rücksicht auf die Grundstücksbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.

§ 26 **Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Unbeschadet der im Bundes- oder Landesrecht getroffenen Regelungen handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig dieser Satzung zuwiderhandelt, indem er entgegen
1. § 2 Abs. 2 Buchst. b) Speisen und Getränke nicht in pfandpflichtigen, wieder-verwendbaren Verpackungen und Behältnissen ausgibt und nicht pfandpflichtige, wiederverwendbare Bestecke verwendet;
 2. § 5 Abs. 1 Abfallbehälter zur Aufnahme von nach dieser Satzung zur Abfuhr nicht zugelassenen Abfällen verwendet;
 3. § 5 Abs. 2 in Einzelfällen durch die TBV AöR vom Einsammeln und Befördern ganz oder teilweise ausgeschlossene Abfälle nicht bis zur Entscheidung der unteren staatlichen Verwaltungsbehörde auf dem Grundstück so lagert, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird;
 4. § 5 Abs. 3 der Verpflichtung zur Entsorgung der Abfälle, die durch die TBV AöR von den Entsorgungseinrichtungen der TBV AöR ganz oder teilweise ausgeschlossen sind, nicht nachkommt;
 5. § 6 unberechtigt eine Entsorgungseinrichtung der TBV AöR in Anspruch nimmt;
 6. § 7 als Eigentümer eines im Gebiet der Stadt liegenden Grundstücks, auf dem nicht ausgeschlossene Abfälle anfallen, diese nicht von der TBV AöR entsorgen lässt;
 7. § 7 als Anschlusspflichtiger oder als anderer Abfallbesitzer im Rahmen der §§ 4 und 5 die auf seinem Grundstück oder sonst bei ihm anfallenden Abfälle der städtischen Entsorgung nicht überlässt;
 8. § 10 Absatz 1 Altglas, Altpapier, Kartonagen, Kunststoffe, Verbundstoffe, Elektro- und Elektronikgeräte, Metallschrott, Holz, Kork, Textilien, kompostierbare Stoffe und die in § 5 Abs. 1 Ziffer 5 genannten schadstoffhaltigen Abfälle nicht getrennt hält;
 9. § 10 Absatz 2 die getrennt zu haltenden Stoffe nicht in die hierfür bestimmten Behältnisse füllt oder die Behältnisse für Leichtstoffverpackungen bzw. für Altpapier und Kartonagen verkehrsgefährdend oder zu frühzeitig bereitstellt oder nach durchgeführter Abfuhr zurückgebliebene Behältnisse nicht unverzüglich entfernt;
 10. § 11 Abs. 2 Abfall nicht in den von der TBV AöR bzw. in den von dem Dualen System der Privatwirtschaft zur Verfügung gestellten Abfallbehältern zum Einsammeln bereitstellt oder Abfall neben die Abfallbehälter legt;
 11. § 11 Abs. 3 als Anschlusspflichtiger nicht dafür sorgt, dass die Abfallbehälter allen Hausbewohnern zugänglich sind und ordnungsgemäß genutzt werden können;
 12. § 11 Abs. 4 Abfälle in Abfallbehälter einstampft, verdichtet oder in ihnen verbrennt oder brennende, glühende oder heiße Abfälle in Abfallbehälter füllt oder Abfälle in nicht dem Grundstück zugeteilten Abfallbehältern einfüllt;
 13. § 11 Abs. 5 sperrige Gegenstände, Schnee, Eis oder Abfälle, welche die Abfallbehälter, die Sammelfahrzeuge oder die Entsorgungsanlagen beschädigen oder ungewöhnlich verschmutzen können, in die Abfallbehälter einfüllt;
 14. § 11 Abs. 7 die in § 5 Abs. 1 Nr. 7 genannten schadstoffhaltigen Abfälle nicht nach Art des Schadstoffes getrennt zu den Sammelstellen bringt;
 15. § 14 Abs. 2 Abfallbehälter bzw. Abfallsäcke und sperrige Teile verkehrsgefährdend oder zu frühzeitig bereitstellt;
 16. § 14 Abs. 4 die Abfallbehälter am Tag der Leerung nicht nach deren Entleerung aus dem öffentlichen Straßenraum entfernt;
 17. § 15 Abs. 3 Transportwege für Abfallbehälter nicht ordnungsgemäß einrichtet und unterhält;
 18. § 18 Abs. 2 als Abfallbesitzer Altpapier oder Altglas nicht zu den von der TBV AöR aufgestellten Depotcontainern bringt bzw. Altpapier gem. § 10 Absatz 1 nicht gesondert bereitstellt;

19. § 18 Abs. 2 in die von der TBV AöR zur Sammlung von Abfällen zur Verwertung aufgestellten Depotcontainer andere als die jeweils hierfür zugelassenen Abfälle einfüllt;
 20. § 18 Abs. 3 Depotcontainer für Altglas und Altpapier am Wochenende oder werktags außerhalb der erlaubten Zeiten benutzt;
 21. § 18 Abs. 4 Abfälle zur Verwertung neben den aufgestellten Depotcontainern abstellt;
 22. § 19 Abs. 1 als Grundstückseigentümer den erstmaligen Anfall von Abfällen, deren voraussichtliche Menge oder wesentliche Änderung der Abfallart oder Abfallmenge nicht unverzüglich anzeigt;
 23. § 19 Abs. 2 den Wechsel im Grundeigentum nicht unverzüglich mitteilt;
 24. § 19 Abs. 2 als Betriebsinhaber seiner Anzeigepflicht aus § 20 Abs. 1 oder seiner Benachrichtigungspflicht nicht unverzüglich nachkommt;
 25. § 20 Abs. 1 als Anschlussberechtigter oder anderer Abfallbesitzer die für die Abfallentsorgung erforderlichen Auskünfte nicht erteilt;
 26. § 20 Abs. 2 den Beauftragten der TBV AöR den Zutritt zu Grundstücken oder zu solchen Betrieben, bei denen Abfälle anfallen, nicht gewährt;
 27. § 22 Abs. 4 angefallene Abfälle durchsucht oder wegnimmt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu 50.000,-- Euro geahndet werden, soweit nicht andere gesetzliche Bestimmungen eine höhere Geldbuße vorsehen.

§ 27 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am 01.05.2019 in Kraft.

Listen zu § 5 Abs. 1

Liste der Abfälle, die durch die TBV AöR eingesammelt und befördert werden, soweit sie in haushaltsüblichen Mengen und gemeinsam mit den aus privaten Haushalten stammenden Abfällen entsorgt werden können:

EAK-Schlüssel	Bezeichnung
20	Siedlungsabfälle (Haushaltsabfälle und ähnliche gewerbliche und industrielle Abfälle sowie Abfälle aus Einrichtungen) einschließlich getrennt gesammelter Fraktionen
<u>2001</u>	<u>Getrennt eingesammelte Fraktionen (außer 1501)</u>
200101	Papier und Pappe
200108	biologisch abbaubare Küchen- und Kantinenabfälle
<u>2002</u>	<u>Garten- und Parkabfälle (einschließlich Friedhofsabfälle)</u>
200201	biologisch abbaubare Abfälle
200203	andere nicht biologisch abbaubare Abfälle
<u>2003</u>	<u>Andere Siedlungsabfälle</u>

200301	gemischte Siedlungsabfälle
200307	Sperrmüll
02	Abfälle aus der Landwirtschaft, dem Gartenbau, der Jagd, Fischerei und Teichwirtschaft, Herstellung und Verarbeitung von Nahrungsmitteln
<u>0201</u>	<u>Abfälle aus der Herstellung von Grundstoffen</u>
020103	Abfälle aus pflanzlichem Gewebe, nicht kompostierbar
020104	Kunststoffabfälle (ohne Verpackungen)
020107	Abfälle aus der Forstwirtschaft, nicht verwertbar

EAK-Schlüssel	Bezeichnung
<u>0203</u>	<u>Abfälle aus der Zubereitung und Verarbeitung von Obst, Gemüse, Getreide, Speiseölen, Kakao, Kaffee, Tee und Tabak, aus der Konservenherstellung, der Herstellung von Hefe und Hefeextrakt sowie der Zubereitung und Fermentierung von Melasse</u>
020304	für Verzehr oder Verarbeitung ungeeignete Stoffe
<u>0206</u>	<u>Abfälle aus der Herstellung von Back- und Süßwaren</u>
020601	für Verzehr oder Verarbeitung ungeeignete Stoffe
03	<i>Abfälle aus der Holzverarbeitung und der Herstellung von Platten, Möbeln, Zellstoffen, Papier und Pappe</i>
<u>0301</u>	<u>Abfälle aus der Holzbearbeitung und der Herstellung von Platten und Möbeln</u>
030101	Rinden- und Korkabfälle, nicht verwertbar
030105	Sägemehl, Späne, Abschnitte, Holz, Spanplatten und Furniere mit Ausnahme derjenigen, die unter 030104 fallen, falls sie nicht einer Verwertung zugeführt werden können
<u>0303</u>	<u>Abfälle aus der Herstellung und Verarbeitung von Zellstoff, Papier, Karton und Pappe</u>
030301	Rinden- und Holzabfälle, nicht verwertbar
030308	Abfälle aus dem Sortieren von Papier und Pappe für das Recycling, nicht verwertbar

04	<i>Abfälle aus der Leder-, Pelz- und Textilindustrie</i>
<u>0402</u>	<u>Abfälle aus der Textilindustrie</u>
040209	Abfälle aus Verbundmaterialien (imprägnierte Textilien, Elastomer, Plastomer), nicht verwertbar
040210	organische Stoffe aus Naturstoffen (z. B. Fette und Wachse)
040221	Abfälle aus unbehandelten Textilfasern, nicht verwertbar
040222	Abfälle aus verarbeiteten Textilfasern, nicht verwertbar

EAK-Schlüssel	Bezeichnung
08	<i>Abfälle aus der Herstellung, Zubereitung, Vertrieb und Anwendung (HZVA) von Beschichtungen (Farben, Lacke, Email), Klebstoffen, Dichtmassen und Druckfarben</i>
<u>0803</u>	<u>Abfälle aus der HZVA und Entfernung von Druckfarben</u>
080313	Druckfarbenabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 080312 fallen, nur in getrocknetem Zustand und in haushaltsüblichen Mengen
080318	Tonerabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 080317 fallen
09	<i>Abfälle aus der fotografischen Industrie</i>
<u>0901</u>	<u>Abfälle aus der fotografischen Industrie</u>
090107	Filme und fotografische Papiere, die Silber und Silberverbindungen enthalten
090108	Filme und fotografische Papiere, die kein Silber und keine Silberverbindungen enthalten
090110	Einwegkameras ohne Batterien
12	<i>Abfälle aus Prozessen der mechanischen Formgebung sowie der physikalischen und mechanischen Oberflächenbearbeitung von Metallen und Kunststoffen</i>
<u>1201</u>	<u>Abfälle aus Prozessen der mechanischen Formgebung sowie der physikalischen und mechanischen Oberflächenbearbeitung von Metallen und Kunststoffen</u>

120105	Kunststoffspäne und –drehspäne, nicht verwertbar
15	<i>Verpackungsabfall, Aufsaugmassen, Wischtücher, Filtermaterialien und Schutzkleidung (a.n.g.)</i>
<u>1501</u>	<u>Verpackungen (einschließlich getrennt gesammelter kommunaler Verpackungsabfälle)</u>
150101	Verpackungen aus Papier und Pappe ohne Transportverpackungen

EAK-Schlüssel	Bezeichnung
150102	Verpackungen aus Kunststoff ohne Transportverpackungen
150103	Verpackungen aus Holz ohne Transportverpackungen, nicht verwertbar
150105	Verbundverpackungen ohne Transportverpackungen
150106	gemischte Verpackungen ohne Transportverpackungen, nicht verwertbar
150109	Verpackungen aus Textilien ohne Transportverpackungen
17	<i>Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich Aushub von verunreinigten Standorten)</i>
<u>1702</u>	<u>Holz, Glas und Kunststoff</u>
170201	Holz, nicht verwertbar
170203	Kunststoff, nicht verwertbar
18	<i>Abfälle aus der humanmedizinischen oder tierärztlichen Versorgung und Forschung (ohne Küchen- und Restaurantabfälle, die nicht aus der unmittelbaren Krankenpflege stammen)</i>
<u>1801</u>	<u>Abfälle aus der Geburtshilfe, Diagnose, Behandlung oder Vorbeugung von Krankheiten beim Menschen</u>
180101	spitze oder scharfe Gegenstände (außer 180103) in gesicherten Behältnissen bereitgestellt
<u>1802</u>	<u>Abfälle aus Forschung, Diagnose, Krankenbehandlung und Vorsorge bei Tieren</u>
180201	spitze oder scharfe Gegenstände mit Ausnahme derjenigen, die unter 180202 fallen, in gesicherten Behältnissen bereitgestellt
180203	Abfälle, an deren Sammlung und Entsorgung aus infektiopräventiver Sicht keine besonderen Anforderungen gestellt werden

19	Abfälle aus Abfallbehandlungsanlagen, öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen sowie der Aufbereitung von Wasser für den menschlichen Gebrauch und Wasser für industrielle Zwecke
1912	<u>Abfälle aus der der mechanischen Behandlung von Abfällen (z. B. Sortieren, Zerkleinern, Verdichten, Pelletieren) a.n.g.</u>

EAK-Schlüssel	Bezeichnung
191201	Papier und Pappe, nicht verwertbar
191204	Kunststoff und Gummi, nicht verwertbar
191207	Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 191206 fällt, nicht verwertbar
191208	Textilien, nicht verwertbar
191212	sonstige Abfälle (einschließlich Materialmischungen) aus der mechanischen Behandlung von Abfällen mit Ausnahme derjenigen, die unter 191211 fallen, nicht verwertbar

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5. Rückwärtsfahrten

Vorlage: 133/2019

Anhand einer Power-Point-Präsentation stellt der Vorstand die aktuellen Probleme beim Rückwärtsfahren der Müllabfuhr dar. Anhand einer Gefährdungsbeurteilung, die mit Hilfe der DGUV Regeln erstellt wurde, sind insgesamt 13 Straßen betroffen.

Der Vorstand teilt mit, dass aktuell Konzepte zur zukünftigen Leerung der Müllgefäße erarbeitet werden, die anschließend mit den Anwohnern abgestimmt werden.

Eine Sprecherin der SPD-Fraktion erbittet über die Ergebnisse informiert zu werden, worauf der Vorstand eine Berichterstattung in der nächsten Sitzung des Verwaltungsrates zusagt.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

6. Klimaschutzteilkonzept - Fuß- und Radverkehrskonzept für die Stadt Velbert

Vorlage: 12/2019

Beschluss:

Dem vorliegenden Klimaschutzteilkonzept Fuß- und Radverkehr in Velbert mit den bereits vorgestellten Netzplänen und Maßnahmengruppen wird zugestimmt.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

7. **Sambeck**

Der Vorstand präsentiert einen Image-Film zum Grundstück Sambeck. Er informiert das Gremium darüber, dass bzgl. der Veräußerung der Grundstücke Abstimmungsgespräche mit der Stadt geführt werden sollen. Der Image-Film und weitere Informationen sollen auf einer Homepage veröffentlicht werden.

8. **Beschlussfassung über die Erweiterung des "Integrierten Handlungskonzepts zur Aktivierung der Innenstadt Velbert-Mitte" um die Maßnahme "Masterplan Licht Velbert-Mitte"**

Vorlage: 135/2019

Beschluss:

Die Maßnahme „Masterplan Licht Velbert-Mitte“ wird Bestandteil des „Integrierten Handlungskonzeptes zur Aktivierung der Innenstadt Velbert-Mitte“.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

9. **Mitteilungen des Vorstandes**

9.1 **Spielplatz am Kostenberg**

Herr Schieferstein präsentiert die geplante Gestaltung des Spielplatzes am Kostenberg.

Der Vorsitzende erbittet die Schüler der naheliegenden Schule in die Gestaltung mit einzubeziehen. Herr Schieferstein wird die Schule entsprechend beteiligen.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion erkundigt sich nach Erfahrungen, ob Sandflächen zukünftig gereinigt statt komplett ausgetauscht werden können. Herr Schieferstein führt aus, dass der Nachteil darin liege, dass es nur zu einer groben nicht aber zu einer mikrobiologischen Reinigung führen würde. Entsprechende Verunreinigungen würden so nicht aus dem Spielsand entfernt. Daher sei ein Austausch unvermeidlich.

Der Sprecher der Linken-Fraktion erfragt, ob Hängematten oder ähnliches im Bereich des Spielplatzes geplant seien. Der Vorstand gibt an, dass dieses aufgrund der hohen Anschaffungskosten sowie der großen angrenzenden Liegewiese nicht geplant sei.

9.2 **Tunnel Birth**

Der Vorstand informiert, dass die Pflege für einen Teilbereich auf dem Tunnel Birth, der im Eigentum von Straßen.NRW ist, vertraglich geregelt wurde. Der Vertrag sieht vor,

dass die TBV vom Vertrag zurücktreten muss, wenn Straßen.NRW die Fläche benötigt. Die dort befindliche Treppe und Wege werden für insgesamt 80.000 € instandgesetzt. Alternativ wäre der betroffene, nicht verkehrssichere Bereich, eingezäunt worden Teile der Rasenflächen werden in Wildblumenflächen umgewandelt.

Die Erfahrungen unter anderem aus der Umgestaltung, werden durch einen Fachberater, voraussichtlich in der dritten Sitzung des Verwaltungsrates, präsentiert.

10. Nachträge

Es liegt nichts vor.

11. Verschiedenes

Ein Sprecher der SPD-Fraktion weist darauf hin, dass vor dem Parkbad mittlerweile vier Straßenlaternen defekt seien. Der Vorstand sagt einer Prüfung zu.

Der Sprecher der Linken-Fraktion erkundigt sich nach dem Beginn der Arbeiten am Kreiersiepen und ob diese zeitgleich zur Sperrung des Tunnels Langenberg durchgeführt werden. Der Vorstand sagt zu, Erläuterungen zu den Maßnahmen gerne in der Fraktion zu geben. Eine Sprecherin der SPD-Fraktion erwünscht den Vortrag ebenfalls für die SPD-Fraktion.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion erfragt, ob die bevorstehende Baumaßnahme auf der Voßkuhlstraße zeitgleich zur Sperrung des Tunnels in Langenberg stattfindet. Der Geschäftsbereichsleiter 2 sagt aus, dass die Maßnahme erst nach der Aufhebung der Sperrung begonnen wird.

Ende der öffentlichen Sitzung: 18:45 Uhr

Für die Richtigkeit der Niederschrift:

(Dirk Lukrafka)
Vorsitzender

(Ute Meulenkamp)
stv. Vorsitzende

(Sascha Stein)
Schriftführer